

Fraktionserklärung

Thema	Budget 2017
Für Rückfragen	Shaibal Roy, Gemeinderat und RPK-Mitglied +41 76 336 19 77 Isabel Garcia, Fraktionspräsidentin +41 79 652 85 19
Absender	Grünliberale Partei Stadt Zürich, Postfach 3222, 8021 Zürich, E-Mail info.zurich@grunliberale.ch , www.zurich.grunliberale.ch
Datum	14. Dezember 2016

Wegfallende Sondereffekte erfordern sofortige finanzpolitische Massnahmen

Die Stadt Zürich budgetiert für das kommende Jahr wiederum ein Defizit. Angesichts der erneut rekordhohen Steuereinnahmen und der letztmals anfallenden positiven Sondereffekte wäre eine positive Budgetierung angezeigt gewesen. Die Grünliberalen haben entsprechend korrigierend eingegriffen und substanzielle Aufwandsenkungen platziert. Nichtsdestotrotz fordern wir, dass sich der Stadtrat hinsichtlich der sich abzeichnenden steigenden Aufwandüberschüsse in den nächsten Jahren ernsthaft finanzpolitischen Massnahmen widmet und diese auch umsetzt.

Der Stadtrat verlässt sich leider immer noch auf die Faustregel, dass die Rechnung besser als das Budget abschliesst und hat sich somit noch kaum auf die unmittelbar anstehenden Herausforderungen eingestellt. Man beklagt sich lieber – wenn auch zurecht – über die ungleiche Lastenverteilung und Benachteiligung der Gemeinden und insbesondere der Stadt Zürich bei der vom Kanton initiierten Leistungsüberprüfung 16 (Lü16). Dasselbe Schema ist in Bezug auf die Unternehmenssteuerreform III (USR III) zu beobachten. Leider ist dem Stadtrat vor lauter Wehklagen der Fokus auf die Hausaufgaben verloren gegangen. Es gilt aber, sich proaktiv auf drohende Einnahmehausfälle vorzubereiten und ihnen mit einem eigenen Massnahmenpaket zu begegnen. Die Grünliberalen fordern den Stadtrat daher auf, sich nicht länger hinter lauter vermeintlich positiven Rechnungsabschlüssen zu verstecken, sondern sich endlich den Herausforderungen zu stellen.

Im Rahmen des Budgets 2017 konnte die glp zumindest feststellen, dass der Stadtrat teilweise etwas ‚Luft‘ aus den Budgetposten genommen hat, dies jedoch keineswegs durchgängig und konsequent. Entsprechend hat die glp auch dieses Jahr wieder als verantwortungsbewusste Mittepartei in Zusammenarbeit mit anderen Parteien auf beiden Seiten des politischen Spektrums mit gezielten Anträgen in den einzelnen Departementen sowie vereinzelt Tabellenanträgen dem Stadtrat hierbei unter die Arme gegriffen und somit Mehrheiten für sinnvolle Budgetkorrekturen geschaffen. Die glp erwartet, dass die Praxis, keine Luft einzuplanen, vom Stadtrat flächendeckend in den Dienstabteilungen eingefordert und praktiziert wird. Wir erhoffen uns, dass die RPK sich bald wieder auf die grossen Linien fokussieren kann, ohne im mikroskopischen Bereich auf Einzelkonti-Stufe eingreifen zu müssen. Dies würde der vorgesehenen Rollenverteilung zwischen Parlament und Verwaltung viel eher entsprechen.

Bezüglich des Stellenwachstums bleibt die glp dabei: Das Bevölkerungswachstum soll nicht mit einem linearen Wachstum im Stellenplan einhergehen. Die Stadt muss darauf fokussieren, Effizienzgewinne und Skaleneffekte insbesondere in der engeren Verwaltung zu realisieren, um den Gleichschritt von Bevölkerungs- und Stellenwachstum zu unterbinden. Mit eigenen sowie der Unterstützung einzelner anderer Anträge setzt sich die glp für die Eindämmung dieses linearen Wachstums ein. Dasselbe gilt für die Investitionen in Infrastruktur wie in der IT und im Hochbau. Wir Grünliberalen stehen solchen Investitionen zwar grundsätzlich positiv gegenüber, sehen aber Spielraum für eine Plafonierung der Ausgaben anstelle eines stur modellbasierten Substanzerhalts.

Die finanzpolitischen Vorstellungen der Grünliberalen werden zusätzlich mit – zum Teil auch zusammen mit anderen Fraktionen – eingereichten Vorstössen unterstrichen. Dazu gehören die gezielte Aufgabenüberprüfung im Bereich Quartierkoordination und bei den rasant wachsenden sonderpädagogischen Massnahmen sowie die Verlagerung von administrativen Ressourcen von der engeren Verwaltung hin zu den Schulleitungen. Des Weiteren auch die Forderung

nach zurückhaltendem Einsatz von gedruckten Inseraten und einheitlicher Regelung von Assessments bei der Rekrutierung. Ein regelrechter Meilenstein grünliberaler Finanzpolitik bildet das Postulat mit der Aufforderung an den Stadtrat, ab 2017 vom jeweils eruierten Mittelbedarf der Stadt mindestens 100 Millionen Franken in Green Bonds, also Grünen Obligationen, aufzunehmen. Vor dem Hintergrund der hohen Nachfrage nach Grünen Obligationen auf dem Kapitalmarkt einerseits sowie des städtischen Ziels bis 2050 die 2000-Watt-Gesellschaft zu realisieren andererseits, ergibt sich eine bemerkenswerte Win-Win-Situation.

Angesichts der negativen Teuerung sind wir ausserdem der Auffassung, dass jetzt nicht noch zusätzliche Lohnmassnahmen, wie im Novemberbrief veranschlagt, angezeigt sind und lehnen diese entschieden ab. Die Argumentation des Stadtrats, dass dies aufgrund des voraussichtlich positiven Rechnungsabschlusses angemessen wäre, teilen wir nicht. Wir stellen vielmehr die Frage, was der Stadtrat denn plant, wenn wir wie prognostiziert negative Rechnungsabschlüsse haben werden bei gleichzeitig anziehender Teuerung?

Mit Ausblick auf den vorgelegten Aufgaben- und Finanzplan legt sich die glp-Stirn in Sorgenfalten, denn der Stadtrat rechnet selber mittelfristig mit Einnahmeausfällen von jährlich rund 370 Millionen, wovon ca. 300 Millionen aufgrund der USR III und 60-70 Millionen aufgrund Lü16. Selbst ohne USR III und Lü16 erwartet der Stadtrat infolge des Wegfalls positiver Sondereffekte und des Ausgabenwachstums einen laufend steigenden Aufwandüberschuss, der 2020 bei rund 200 Millionen liegen dürfte. Die Bestrebungen der glp, einen mittelfristig konstanten Steuerfuss zu erhalten, sind ohne klare finanzpolitische Zielsetzungen vom Stadtrat kaum zu erreichen.

Der Stadtrat muss dringend über die Bücher. Aber auch das Parlament steht in der Verantwortung, tiefgreifende Massnahmen dann auch mitzutragen. Die fetten Jahre sind vorbei.